Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 3

Artikel: Die Tschechoslowakei : Wunschtraum und Wirklichkeit
Autor: Bohemicus
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336569

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BOHEMICUS

Die Tschechoslowakei — Wunschtraum und Wirklichkeit

Wir wären schlechte Sozialisten, würden wir unsere Grundauffassungen nicht immer und immer wieder im Lichte neuer Erfahrungen überprüfen und würden wir ablehnen, in den Kreis unserer kritischen Betrachtungen auch die Entwicklung in jenen Ländern einzubeziehen, in denen dem demokratischen Sozialismus jede politische Betätigung gewaltsam verunmöglicht wird. Die Frage, ob der Sozialismus auch auf undemokratischem, ja despotischem Wege eingeführt werden kann oder ob irgendwelche soziale und wirtschaftliche Reformen geeignet sind, die undemokratische Form der Regierung, die sie durchführt, zum Verblassen zu bringen, beschäftigt mit Recht unser Denken und unsere Diskussionen. Der Versuch, den Theodor *Schwarz* in zwei Artikeln über die Tschechoslowakei angestellt hat[1], nämlich nur gewisse Züge eines totalitären Regimes isoliert zu betrachten und die politische Struktur möglichst ganz außer acht zu lassen, kann aber zu der so notwendigen Klärung nicht beitragen, sondern die bestehende geistige Verwirrung nur vergrößern. In den beiden Aufsätzen von Schwarz kommt das Wort «Kommunismus» überhaupt nicht und «kommunistisch» ein einziges Mal vor; in dieser Beziehung haben sie sicher Seltenheitswert. Dem Verfasser mag das als erstrebenswerter Gipfel objektiver Betrachtungsweise erscheinen, in Wirklichkeit und in seiner Wirkung ist es das gerade Gegenteil, weil es ungewollt das Bild verfälscht. In Totalitarien haben Worte nicht den gleichen Sinn wie in freien Ländern. Wer zum Beispiel das, was die Kommunisten fälschlich als «landwirtschaftliche Genossenschaften» ausgeben, Alpgenossenschaften nennt «die nach schweizerischem Muster organisiert wurden», ist ein Opfer der Propaganda, die leichtgläubigen, uninformierten und in der Sprache unkundigen Ausländern mit Hilfe ihnen vertraut klingender Worte Potemkinsche Dörfer vorzaubert. Ebensogut könnte man sagen, daß die in Prag hie und da zusammentretende Versammlung berufsmäßiger Jasager ein «nach schweizerischem Muster organisiertes Parlament» ist. Sicher soll man ohne Voreingenommenheit alles prüfen, bevor man ein Urteil fällt. Aber der ehrlichste Versuch, gewisse Taten eines Regimes unabhängig zu beurteilen, muß dort, wo es sich um einen nach totalitären Grundsätzen diktatorisch regierten Staat handelt, den Eindruck hervorrufen, man wolle «Hamlet» spielen und dabei den Prinzen von Dänemark auslassen.

Keine Kolchosen?

Es wäre ein zeitraubendes Beginnen, im einzelnen nachzuweisen, daß nahezu alles, was man dem Besucher aus der Schweiz über tschechoslowakische Agrarpolitik in Vergangenheit und Gegenwart erzählt hat, handgreifliche Unwahrheiten, grobe Entstellungen und tendenziöse Übertreibungen waren. Was die Vergangenheit (vor 1938) betrifft,

[1] «Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Tschechoslowakei» und «Die Industrieplanung der Tschechoslowakei», «Rote Revue», 8/1950 und 2/1951.

gibt es vom sozialistischen Standpunkt manche Einwendungen, wenn auch nicht gerade die, die Th. Schwarz von seinen Informatoren übernimmt. Es ist aber unbestreitbar, daß im großen und ganzen der Landhunger der Bauern durch die erste Bodenreform (1920 bis etwa 1930) gestillt worden war. Zwischen 1945 und 1948 gab es eine weitere Reform, die den Großgrundbesitz noch stärker anpackte. Einen viel breiteren Umfang nahm aber eine andere Aktion an: die entschädigungslose Enteignung des Bodens nicht «von geflohenen Nazi und Kollaboranten», sondern aller deutschen Bauern ohne Unterschied, auch jener, die in Hitlers Konzentrationslagern gesessen hatten. Wie immer man diese Maßnahme betrachtet, die die Lebensmittelproduktion gefährlich lähmte und das in einer Zeit, da das Land UNRRA-Hilfe bezog[2], die Überführung eines Bauernhofes aus der Hand des Bauern A in die des Bauern B ist sicher keine soziale Reform. Vielfach wanderten die konfiszierten Güter aber in die Hände des Staates.

Es ist richtig, daß die Kommunisten nicht gleich nach dem Februar 1948 mit Versuchen zur Kollektivisierung der Landwirtschaft einsetzten, da sie wußten, wie unpopulär solche Schritte überall sind. Aber diese Vorsicht hielt nicht lange an; auch totalitäre Regime können nicht immer tun, was sie wollen, sondern machen meist, was zu tun sie gezwungen sind oder gezwungen werden. Man kann sich nicht unter die volle Botmäßigkeit der Sowjetunion begeben, ohne alle ihre «Wünsche» zu erfüllen. Schwarz hat gefunden, daß die Errichtung von Kolchoswirtschaften kein Ziel des tschechoslowakischen Fünfjahresplanes sei. «Es gibt auch keinerlei Propaganda für einen freiwilligen Zusammenschluß zur Kolchose... Eine Kollektivisierung der Landwirtschaft würde auf die entschiedene Ablehnung der Bauernmassen stoßen.» Sie würde nicht nur, sie stößt bereits, soweit das möglich ist, denn die Kollektivisierung ist längst im Gange, auch wenn man aus durchsichtigen Gründen den Namen «Kolchose» vermeidet. Aber eben sogut wie man etwas «Genossenschaft» nennen kann, was keine ist, weil die in dieses Gebilde gepreßten «Mitglieder» überhaupt nichts zu sagen haben — die Organisation ist ein Bestandteil des Staatsapparates —, kann man ein Kolchos schaffen und ihm die Bezeichnung «einheitliche landwirtschaftliche Genossenschaft» verleihen. In Wirklichkeit geht die Entwicklung vollkommen den russischen Weg der Sovchosen (Staatsgüter) und Kolchosen (Kollektivgüter). Vor dem Besucher aus der Schweiz hat man das verschleiert, indem man ihm verschwieg, daß in den letzten Jahren der ursprünglich unbedeutende Umfang der Staatsgüter auf nahezu 500 000 Hektaren angeschwollen ist, die natürlich bevorzugt behandelt werden. Im Durchschnitt entfällt heute ein Traktor auf 290 Hektaren (die Traktoren stammen meist, was natürlich nicht erwähnt wird, von der UNRRA), im Falle von Staatsgütern aber auf 73 Hektaren. «Der tschechoslowakische Bauer ist zum Teil erst seit der Revolution von 1945 Eigentümer des Bodens geworden... Im ganzen sind nicht viel mehr als 2000 Hektaren in Kollektivbesitz.» Ob nun Privateigentum an Boden gut oder schlecht ist, Tatsache ist, daß der allergrößte Teil der Bauern vor 1938 wirklicher Eigentümer des Bodens war, während selbst dort, wo heute noch Privateigentum an dem Boden besteht, dieser Begriff dadurch illusorisch gemacht wird, daß dem Bauern jedes Dispositionsrecht über dieses «Eigentum» abgeht. Den 2000 Hektaren, die Th. Schwarz im Kollektivbesitz gefunden hat, kann man entgegenhalten, was J. Kotatko, Stellvertreter des Landwirtschaftsministers und Agrartheoretiker

---

[2] Wenn die kommunistische Propaganda Mißerfolge zu entschuldigen hat, redet sie sich — auch jetzt noch — auf die Dürre des Jahres 1947 aus, die weit weniger arg gewesen wäre, hätte man nicht weite Ländereien brachliegen lassen.

der Kommunisten, am 3. Oktober geschrieben hat: «In diesen Tagen erreicht das Ausmaß des Bodens, auf dem der Anbau von den einheitlichen landwirtschaftlichen Genossenschaften gemeinsam durchgeführt wird, *eine Million Hektaren.*» Man machte ursprünglich keine Propaganda für einen «freiwilligen» Zusammenschluß zu Kolchosen, sondern preßte die Bauern dazu, zu «gemeinsamem Anbau, gemeinsamer Bearbeitung des Bodens, gemeinsamer Ernte» im Rahmen der «Genossenschaften» überzugehen. Heute hat man auch diese Maske fallengelassen und bekennt offen, daß die «Genossenschaften» die tschechoslowakische Form der Kolchosen sind. Die Frage des Eigentums am kollektiv bearbeitenden Boden wird in der Propaganda umgangen, und es mag wenigstens zum Teil auf dem Papier weiter bestehen, praktisch ist es natürlich längst annulliert. Die Presse bringt ununterbrochen Berichte, wie begeistert die Bauern von den neuen, arbeitsparenden und wirtschaftlichen Methoden sind, nach dem alten Trick, eine Begeisterung, die man braucht, dadurch zu erzeugen, daß man ihre Existenz behauptet. In Wirklichkeit sind diese Jubelberichte nichts als Polemiken gegen die «Reaktionäre, Flüsterer und Agenten» — also die, die nicht wollen —, von denen gesagt wird, daß sie «verleumderischerweise» die Stellung der Kollektivbauern als «Leibeigene und Deputatisten» bezeichnen. «Weitere und weitere Genossenschaften treten den Weg der sowjetischen Kolchosen an» (Erna Fries, «Tvorba», 7. Juni 1950). Schwarz zufolge bleibe das «Problem des reichgewordenen Großbauern weiter bestehen, der zwar von der neuen Ordnung profitiert, ihr aber... feindlich gegenübersteht... Der Kampf gegen diese Gruppe von Großbauern wird zwar sehr behutsam geführt — aber er wird durchgekämpft.» Es handelt sich nicht um «reichgewordene Großbauern», sondern einfach um Menschen, die den kommunistischen Plänen im Wege stehen und daher mit der Bezeichnung «Dorfreiche» diffamiert werden sollen. Die «Behutsamkeit» des Kampfes gegen sie besteht darin, daß man ihnen Arbeitskräfte, Maschinen, Kleiderkarten usw. verweigert und ihnen ein unerfüllbar hohes Kontingent zur Ablieferung vorschreibt, worauf sie wegen Sabotage (das heißt ungenügender Ablieferung) in ein Arbeitslager gesteckt werden, während ihr Boden konfisziert wird. Man muß für Großbauern keine besondere Sympathie haben und braucht doch nicht zu übersehen, daß derartige Gewaltmethoden unter dem Schlagwort «Eindringen des Sozialismus ins Dorf» den Gedanken einer wirklich sozialistischen Agrarpolitik unter der Landbevölkerung nur zu kompromittieren geeignet sind. Hören wir zur Frage der «Behutsamkeit» eine kompetente Stimme (Erna Fries, «Tvorba», 2. August 1950):

> «Die Kommunisten auf dem Dorf haben es richtig verstanden, die Feinde der arbeitenden Bauern zu entlarven, ob sie nun unter dem Deckmantel guter Genossenschafter oder ehrlicher Landwirte auftraten. Durch rechtzeitige Enthüllung der Saboteure der gemeinsamen Arbeit ist es gelungen, ihre unlauteren Absichten zu durchkreuzen... Die gemeinsame Durchführung der Ernte hat zum Zusammenschluß der arbeitenden Bauern gegen die Dorfreichen beigetragen.»

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, wieviel Brutalität und Unrecht sich hinter diesen Worten verbirgt. Aber geht es den Bauern nicht besser, können sie nicht «zum erstenmal in der Geschichte ... Seidenstoffe, feine Bettwäsche, Radioapparate ... kaufen»? Wie sollten sie das? Die Bauern haben nicht nur abzuliefern, was im Rahmen der gebundenen Wirtschaft an die Bevölkerung kommt, sondern, entgegen den Informationen, die Th. Schwarz erhalten hat, auch das, was der Staat dann

auf dem sogenannten «freien Markt» zu Wucherpreisen verkauft. Wenn die Bauern selbst in der Lage wären, auf diesem staatlich sanktionierten schwarzen Markt Lebensgüter zu kaufen, würde man sie ihnen nicht lange belassen.

Der Sinn der kommunistischen Agrarpolitik

Natürlich sind Mechanisierung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Arbeit Ziele jeder modernen Agrarpolitik. Den Kommunisten ist es aber mit diesen Dingen nur deshalb eilig, weil sie ein größeres Reservoir von Menschen haben wollen, die sie zur Arbeit in der Industrie zwingen können. Ihnen sind alle diese Dinge nur Mittel, nicht Selbstzweck. Eine sozialistische Agrarpolitik würde darauf hinzielen, das Lebensniveau der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu heben, die Errungenschaften der modernen Kultur ins kleinste Dorf zu bringen und die Lebensverhältnisse auf dem Land denen in den Städten anzugleichen. Die Kommunisten wollen nichts anderes als durch «Auskämmung» der Reihen der Bauern neue Arbeitssklaven für die Schwerindustrie zu gewinnen.

Unter diesem Gesichtswinkel müssen auch die Propagandabehauptungen über die Industrialisierung der *Slowakei* betrachtet werden. Eine auf Industrialisierung dieses vorwiegend landwirtschaftlichen Gebietes hinzielende Politik ist kein Monopol der Kommunisten. Sie wurde seit jeher mit größerer oder geringerer Energie betrieben, doch war, solange das Land demokratisch regiert wurde, das Bemühen darauf gerichtet, in der Slowakei Industriezweige ins Leben zu rufen, die den Bedürfnissen und Möglichkeiten des Landes besonders entgegenkommen (zum Beispiel holzverarbeitende Industrie). Zugegebenermaßen machen die Kommunisten in dieser Beziehung mehr als alle früheren Regime. Es fragt sich nur, welchen dauernden Gewinn die Slowakei und die Umwelt aus der Errichtung *unterirdischer Tankfabriken* usw. ziehen wird. Ein augenblicklicher, wenn auch nicht überwältigender Gewinn für das Rüstungspotential der Sowjetunion ist unbestreitbar und kann bei der Besprechung des Problems nicht übergangen werden.

Fünfjahresplan mit welchem Ziel?

Das bringt uns zu den Fragen der Industrieplanung. Es ist richtig, daß das Hauptgewicht der industriellen Entwicklung auf die Schwerindustrie verlegt wird, es ist schon weniger richtig, daß die Leichtindustrie (Konsumgüterindustrie) «beibehalten und ausgebaut werden soll». Sie wird in Wirklichkeit seit 1945 vernachlässigt und verfällt mehr und mehr. Wenn Gottwald den Abbau solcher Industrien (Glasschmuck, Handschuhe, Spielwaren) damit begründet, daß sie «nur zu Hungerlöhnen exportieren können», macht er aus der Not eine Tugend, da man die Menschen, die diese devisenbringenden Produkte erzeugen könnten, längst vorher aus dem Lande gejagt hatte. Schwarz zufolge «will die Tschechoslowakei» — oder sagen wir: die Leute, die sie regieren — in bezug auf die Schwerindustrie «vom Ausland immer unabhängiger werden», ja sie solle auch mithelfen, die «rückständigen Agrarländer Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Albanien» zu industrialisieren. *Warum denn nicht auch Jugoslawien?* Ein hochindustrielles Land wie die Tschechoslowakei, das an entscheidenden Rohstoffen nur genug Kohle besitzt, kann sich «vom Ausland» nicht unabhängig machen, abgesehen davon, daß eine solche Krähwinkelpolitik im 20. Jahrhundert lächerlich wäre. Die tschechoslowakische Industrie war

durch tausend Fäden mit dem Westen verbunden, die gewaltsam und zum Schaden des Landes zerrissen wurden; man will eben nur von einem *gewissen Ausland* unabhängig werden. Die Auswertung des recht bedeutenden tschechoslowakischen Industriepotentials zur planmäßigen Industrialisierung minderentwickelter Gebiete wäre sicherlich zu begrüßen, wenn sie sich im Rahmen eines Weltinvestitionsplanes bewegte. Die von Moskau angeordnete und im tschechoslowakischen Fünfjahresplan niedergelegte Verdoppelung der Schwerindustrie des Landes entspricht aber weder seinen Bedürfnissen, die eher nach einem Neuaufbau der Konsumgütererzeugung rufen, noch liegt sie in der Richtung eines von souveränen Partnern ausgearbeiteten und aufeinander abgestimmten gemeinsamen Programms. Es handelt sich um nichts anderes als um die um jeden Preis, unter Hintansetzung aller andern näherliegenden Interessen und mit der größtmöglichen Beschleunigung herbeizuführende massive Verstärkung des sowjetischen Kriegspotentials. Das ist ein Ziel, das keineswegs dem objektiven Interesse der Bewohner des Landes entspricht, welches eine normale Existenz nur führen kann, wenn dem Austausch der Güter über die ganze Welt keinerlei Schranken auferlegt werden, und es ist schon gar nicht ein Ziel, das den subjektiven Wünschen seiner Bewohnerschaft Rechnung trägt. Rußland nimmt der Tschechoslowakei sehr viel und gibt ihr sehr wenig, wobei wir die Moskauer Gepflogenheiten im Handelsverkehr hier außer Betracht lassen wollen[3]. Jawohl, im Lande besteht Vollbeschäftigung, aber jedes Kind weiß, daß es eine Vollbeschäftigung auf viel gesünderen Grundlagen geben könnte, wenn sich die Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen und nicht nach denen des Kremls richten dürfte. Das ewige Drängen nach höheren Leistungen führt, wie die Exponenten des Regimes zugeben (allerdings nicht im Gespräch mit ausländischen Besuchern), zu einer Jagd nach der hohen Zahl, zur Erzielung sinnloser, da in ihrer Isoliertheit wertloser Rekorde[4] und zu einer Verschlechterung der Qualität. Letztere Erscheinung mag in Rußland, als man eine Industrie aus dem Nichts aufbaute, als plausibel und unvermeidbar erschienen sein, für ein Land, das durch seine Qualitätsproduktion bekannt war, ist das aber ein gefährlicher Schritt zurück. Das überstürzte Tempo aller Maßnahmen und die alle paar Monate wiederkehrende «Neuorganisation der Produktion» entsprechen in keiner Weise irgendwelchen Erfordernissen der Wirtschaft des Landes. Göring konnte mit einiger Aussicht auf Erfolg das Motto «Kanonen statt Butter» propagieren, da schließlich ein großer Teil des Volkes an die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Kanonen glaubte, aber daß die «amerikanischen Imperialisten» die Tschechoslowakei vernichten wollen, glauben nicht einmal viele Kommunisten. Daß sich die Versorgung mit Lebensmitteln usw. «immer mehr dem Vorkriegsniveau nähert», wäre ein schwacher Trost, wenn es wahr wäre (im Sommer 1950 war es in Prag schwer, frisches Gemüse und Obst aufzutreiben). Tatsache ist nämlich, daß die Tschechoslowakei alle Voraussetzungen in sich

---

[3] Nach der Mißernte des Jahres 1947 hat man von Rußland geliefertes Getreide als Wohltat gepriesen. In Wirklichkeit hat Moskau den Preis dafür, der über dem Weltmarktpreis lag, einseitig und willkürlich festgesetzt und bestand darauf, daß die Bezahlung durch Lieferung von Röhren erfolgt, die die Tschechoslowakei selbst dringend gebraucht hätte.

[4] Erst kürzlich hat der Industrieminister darüber geklagt, daß infolge des Drängens nach Produktionssteigerung leichte Elektromotoren in einer das Planziel weit überschreitenden Menge erzeugt werden, während die Erzeugung von großen Maschinen weit hinter dem Ziel zurückbleibt. Das ist nur *eine* Tatsache unter ungezählten gleichartigen.

hätte, das Vorkriegsniveau längst überschritten zu haben, wenn die Entwicklung in der Welt ihr erlaubt hätte, jene Politik zu machen, die dem Lande frommt[5].

Wo stehen die Arbeiter?

Die Frage, die uns am meisten bewegt, ist, ob und inwieweit die Politik der Kommunisten die Zustimmung der Arbeiterklasse findet[6]. In Bulgarien oder Rumänien kann man ernstlich darüber diskutieren, ob die Nachkriegsregime die Lage der arbeitenden Menschen verbessert haben, in der Tschechoslowakei nicht. Es ist richtig, daß die Leistungen der Sozialversicherung seit 1945 verbessert worden sind — wo wäre das nicht der Fall gewesen? Der Kredit dafür geht übrigens kaum aufs kommunistische Konto. Es gibt längeren Arbeiterurlaub als vor dem Kriege, dafür kann dieser strafweise wegen Langsamarbeit oder Ausbleibens von der Arbeit entzogen werden. In allen andern Dingen sind die Arbeiter heute schlechter dran als vorher, und sie sind vollkommen rechtlos, da sie über keine Organisation verfügen, die ihre Forderungen vertreten könnte und dürfte. Die sozialdemokratischer Initiative entsprungenen Nationalisierungsmaßnahmen von 1945 gaben den Arbeitern des Betriebes eine Vertretung in dessen Leitung. Die Kommunisten haben das längst beseitigt und die Leitung ausschließlich dem (natürlich regimeergebenen) Direktor übertragen[7]. Die Haltung des Regimes den Arbeitern gegenüber bewegt sich auf zwei Geleisen: sie werden teils umschmeichelt und belobt, zumal das nichts kostet, teils beschimpft und unter Terror gesetzt. Mangels jeder greifbaren Alternative kann man von den tschechischen Arbeitern nicht erwarten, daß sie einer eindeutigen oppositionellen Parole folgen. Sie sind sicher vielfach enttäuscht und erbittert, aber es bleibt ihnen nur der Ausweg in Apathie und Indifferenz — für das Regime allerdings ein sehr schwerer Schlag, der sich kaum verheimlichen läßt. Die Klagen über mangelnde Arbeitsleistung und die Drohungen an die Adresse der Arbeiter wurden aber in der letzten Zeit häufiger, so daß man das eher darauf zurückführen muß, daß die Anforderungen, die an die Arbeiter gestellt werden, rapid steigen, als daß sich die ablehnende Haltung der Arbeiterschaft so rasch und so entschieden versteifen könnte. Daß die — nicht sehr zahlreichen — Stoßarbeiter (Stachanowisten) in den Betrieben isoliert sind und von den Arbeitskollegen gehaßt werden, wird ziemlich offen zugegeben; die Arbeiter fürchten nicht mit Unrecht, daß die sinnlose Rekordleistung des Stoßarbeiters bald zur allgemeinverbindlichen Norm gemacht wird[8]. Besonders haben es die

---

[5] In den Bereich der Ammenmärchen gehören Lesebuchgeschichten wie die folgenden: «Was die Leitung der Betriebe, besonders der kleineren, betrifft, so sind häufig die früheren Inhaber zu Geschäftsleitern ernannt worden. ... Auch ... kapitalistische Rentner sind verpflichtet, eine Arbeit anzunehmen, wobei vor allem an Büroarbeit zu denken ist, da es sich ja meist um Angehörige des gebildeten Bürgertums handelt. Hausfrauen, die keine Kinder haben, dürfen keine Dienstmädchen anstellen. Es ist also in diesem Falle auch der Gattin eines Ministers verwehrt, die gnädige Frau zu spielen.»

[6] Siehe dazu den früheren Aufsatz des Verfassers «Die Tschechoslowakei — eine Warnung», «Rote Revue», 12/1948.

[7] Zu behaupten, daß die nationalisierten Betriebe «dezentralisiert» verwaltet werden, ist abwegig innerhalb eines Systems, das nur willenlose Ausführung zentral ausgegebener Befehle kennt.

[8] Ein kürzlich gefaßter «Beschluß» der Lehrlinge des Prager Skodabetriebes besagt: «Jede durch ihre Schuld versäumte Minute werden sie durch eine Viertelstunde Überzeitarbeit gutmachen.» Muß man hinzufügen, wie solche «Beschlüsse» zustandekommen?

Kommunisten auf die *Bergarbeiter* abgesehen, denen Gottwald persönlich Anfang September in Mährisch-Ostrau die Leviten gelesen hat. Seinen Ausführungen konnte man entnehmen, daß es den Kommunisten zwar gelungen war, die Arbeiter zu Sonn- und Feiertagsarbeit zu pressen, daß sich diese aber anderweitig schadlos hielten. Wörtlich sagte Gottwald:

> «Es ist zum Beispiel gar nicht erfreulich, daß ein großer Prozentsatz der geförderten Kohle durch Sonn- und Feiertagsschichten gewonnen wurde oder einfach durch Überzeitarbeit. Das wird man sich noch gründlicher ansehen müssen. Ich bin überzeugt, daß man nicht am Sonntag und an Feiertagen arbeiten müßte, wenn unsere Bergarbeiter zusammen mit den Steigern lernen wollten, die Arbeitszeit besser auszunützen, die Arbeit besser zu organisieren usw.»

Noch offener sprach es der Ministerpräsident Zapotocky aus, der seinen Zuhörern bekanntgab, daß sie den ihnen versprochenen «Treuezuschlag» eigentlich gar nicht bekommen sollten:

> «Unsere Bergleute vergessen immer eines: sie sind nicht Angestellte ihrer Betriebe, sie führen dort die Wirtschaft. Manche haben sich das Schlagwort ‚Planerfüllung um jeden Preis' einfach so ausgelegt, daß man am Sonntag und an Feiertagen arbeiten solle. Sie haben sich aber nicht überlegt, was das kostet. Wir dürfen nicht nur den Plan erfüllen, wir müssen auch die Kosten herabsetzen. Wenn die Regie weiter steigen sollte, könnten wir die Treuezulage nicht mehr auszahlen. Wir haben uns in der Regierung entschlossen, diese Zulage heuer noch ausnahmsweise zu bewilligen, obwohl die Vorbedingung, die Senkung der Gestehungskosten, nicht erfüllt wurde. Nächstes Jahr gibt es das nicht mehr...»

Aber hier haben sowohl Zuckerbrot als auch Peitsche versagt: einige Wochen später wurde gemeldet, daß die Bergarbeiter im September wieder das Planziel nicht erreicht hätten, und im offiziellen Bericht über die Erfüllung des Fünfjahresplanes im Oktober 1950 heißt es:

> «Dem Bergbau ist es nicht gelungen, im Oktober das Planziel zu erreichen. Auch der Absentismus ist weiter unverhältnismäßig hoch... Die Hüttenwerke haben gleichfalls den Plan nicht erfüllt... In der Stromerzeugung machen sich die Maßnahmen zur Sicherung und Ausnützung aller Reserven noch nicht fühlbar... Die Glas- und die Papierindustrie sind hinter dem Planziel zurückgeblieben...»

Daß ein neues, egoistischem Denken abholdes Arbeitsethos entsteht, wird nur mehr ausländischen Betrachtern erzählt, denen man Wunschtraum für Wirklichkeit ausgibt. Uns bereitet es keineswegs Schadenfreude, daß die unter kommunistischer Herrschaft stehende Arbeiterschaft der Apathie verfällt und die Drückebergerei zur Lebensmaxime erhebt. Das «Schreckbild der sozialistischen Kommandowirtschaft der Röpke und Hayek» ist sicher «ohne Kenntnis der Praxis der kollektivistischen Wirtschaft entworfen worden», aber wenn es irgend etwas gibt, was den Röpkes und Hayeks die Argumente geben könnte, die ihnen abgehen, dann müßten sie nur einen Blick in die Tschechoslowakei werfen[9], einen einstmals fortgeschrittenen Industriestaat, der zugrunde gerichtet

---

[9] In den Reden der Repräsentanten des Regimes wiederholen sich die Wendungen vom «Zerschmettern jedes Widerstandes» und von der «harten, unnachgiebigen, rücksichtslosen Haltung gegenüber jeder Opposition» zum Überdruß. Die Redner bekennen sich immer zum Prinzip der sklavischen Nachahmung des russischen Vorbildes. Der blutige Terror gegen alle wirklichen oder vermeintlichen Gegner des Regimes kann als bekannt vorausgesetzt werden. Man muß sich also kaum mit der Behauptung auseinandersetzen, «daß die ... Staatsführung wohl in einigen Punkten das russische Muster übernommen hat, daß sie aber ... eher einen gemäßigten, den wirtschaftlichen und soziologischen Gegebenheiten des Landes angepaßten Kurs einschlägt» und «überflüssiges Diktieren vermeidet».

wird von einem terroristischen System, das alle Vorstellungen von Planwirtschaft kompromittiert. Um so wichtiger ist, die *Grundsätze demokratischer Planwirtschaft für eine Gemeinschaft freier Menschen auszuarbeiten,* die sich demokratische Sozialisten erträumen, und so diesen mißbrauchten und geschändeten Gedanken wieder zu rehabilitieren.

LUDWIG FÖLSCHE

Die Krise des amerikanischen Liberalismus

Neuyork, November 1950.

Senator Herbert *Lehman* (Neuyork), einer der führenden liberalen Politiker der Demokratischen Partei, stimmte kürzlich demjenigen Teil des McCarran-Kilgore-Gesetzes zu, der die Internierung von «aufrührerischen» Elementen in Kriegs- und Notstandszeiten vorsieht, einen Internierungsbeschluß ohne vorhergehende Gerichtsverhandlung und mit sehr beschränkten Berufungsmöglichkeiten. Diese (vom Kongreß mit großer Mehrheit angenommene) Maßnahme steht aber im Widerspruch zu den verfassungsmäßigen Grundrechten des amerikanischen Bürgers. Der Oberstaatsanwalt der USA entscheidet nunmehr, wer als staatsfeindlich, als «sabotage- oder spionage-*verdächtig*» zu betrachten ist und wer nicht. Das erinnert nur allzusehr an gefährliche Vorbilder . . .

Wenn ein Lehman, der von jeher die diktatorische Willkür des Faschismus bekämpft hat, heute einen flagranten Angriff auf das Prinzip des amerikanischen Rechtsstaates zuläßt und sogar begrüßt, so handelt es sich nicht etwa um eine individuelle Kapitulation, haben doch die andern liberalen Parlamentarier ungefähr das gleiche getan. (Das Beispiel Lehman greifen wir heraus, weil dieser liberale Bankier und ehemalige Staatsgouverneur auch in Europa wohl bekannt und einer der Prominenten der Ära Roosevelt ist.)

Es liegt also eine allgemeine Krise des amerikanischen Liberalismus vor, dessen Sprecher in gewichtiger Anzahl ihre Ideologie über Bord werfen und sich an der «antiroten» Hysterie der Reaktion beteiligen.

*

Als *liberal* bezeichnet man in Amerika diejenigen Elemente, welche die «linken» Flügel der beiden bürgerlichen Parteien bilden[1], sowie solche, die, ohne indes zur sozialistischen Bewegung zu gehören, eine unabhängige Stel-

[1] Unter den liberalen *Republikanern* war wohl der verstorbene Fiorello *Laguardia* am bekanntesten.